

CONV 343/02

WG VIII 9

KURZNIEDERSCHRIFT

des Sekretariats
an die Gruppe VIII "Verteidigung"
Betr.: **Kurzniederschrift über die Sitzung vom 4. Oktober 2002**

Beratungsergebnisse

1. Anhörungen von Herrn Antonini, Präsident der EDIG, Herrn Gergorin, Vizepräsident der EADS, Herrn Giovacchini, Direktor im französischen Verteidigungsministerium, Herrn Lundberg, Assistent des Generaldirektors der schwedischen Agentur für militärische Ausrüstung, und Herrn Parry, Vertreter von BAE-Systems in Brüssel

Die Gruppe nahm eine Reihe von Vorträgen der oben genannten geladenen Gäste zum Thema Rüstungspolitik zur Kenntnis.

Herr Antonini betonte die Bedeutung der Konsolidierung der europäischen Rüstungspolitik auf der Grundlage des gegenseitigen Marktzugangs, der Harmonisierung der militärischen operationellen Anforderungen und langfristig der Schaffung einer gemeinsamen Rüstungsbehörde. Er befürwortete überdies mehr Mittel für F&E, die Ausklammerung langfristiger Verteidigungsinvestitionen aus dem Stabilitätspakt sowie eine bessere Koordinierung im Beschaffungswesen.

Herr Gergorin machte auf die frappierenden Unterschiede zwischen Europa und den USA in der Höhe der für den Verteidigungsbereich bestimmten F&E-Investitionen aufmerksam. Er forderte die Einrichtung einer europäischen Forschungsbehörde für Sicherheit und Verteidigung; die Beteiligung daran würde auf dem Grundsatz der Freiwilligkeit beruhen, jedoch bestimmten Beitrittskriterien unterliegen. Die europäische Verteidigungsindustrie sei nur so in der Lage, sich dem Wettbewerb zu stellen. Die Industrie solle Zugang zu Forschungsmitteln der Gemeinschaft erhalten; die derzeitige Struktur der OCCAR könne gestärkt und unter die Aufsicht der vorgeschlagenen Behörde gestellt werden.

Herr Giovacchini verwies auf den ganz besonderen Charakter der Verteidigungsindustrie, der maßgeschneiderte Lösungen erfordere. Die Planung von transnationalen Projekten sei durch das Fehlen gemeinsamer militärischer Visionen behindert worden, doch dies dürfte sich in den nächsten Jahren bessern. Es bedürfe gemeinsamer Vorschriften für das Beschaffungswesen und in verstärktem Maße gemeinsamer Programme, wobei OCCAR und LOI als Ausgangsbasis dienen könnten. Die Instrumente der ersten Säule sowie Vereinbarungen über Starthilfefonds für die Forschung könnten in der Verteidigungsindustrie zum Tragen kommen.

Herr Lundberg beschrieb den Wandel, der sich in der schwedischen Verteidigungsindustrie in den letzten Jahren vollzogen hat. Dieser Wandel sei das Ergebnis der Anpassung an neue Bedrohungen, wobei man vom Gedanken der Abwehr einer Invasion abgerückt sei. Die Industrie sei zuvor im Wesentlichen national geprägt gewesen; nun sei sie jedoch weitgehend in ausländischem Besitz, stark konsolidiert und insgesamt kleiner. Bei neuen Projekten seien nun ausnahmslos Partner erforderlich, damit ausreichende Mittel aufgebracht werden könnten.

Herr Parry unterstrich die Probleme, mit denen die europäische Verteidigungsindustrie konfrontiert ist. Sie sei zunehmend marginalisiert, und es bestehe die Gefahr, dass die europäischen Unternehmen nicht mehr zu autonomem Handeln in der Lage sind. Dagegen könne auf dreierlei Weise vorgegangen werden: Marktöffnung, Harmonisierung der Anforderungen und Konsolidierung. Dazu sei allerdings politischer Wille notwendig. Was die Frage einer Behörde betreffe, so müsse zunächst die ESVP vollständig aufgebaut werden und funktionieren. Er machte darauf aufmerksam, dass die Erweiterung eine Herausforderung für die Zukunft der europäischen Verteidigungsindustrie darstelle.

2. Gedankenaustausch über Rüstungspolitik

Der Vorsitzende ersuchte die Mitglieder der Gruppe, auf die Fragen einzugehen, die während der Vorträge der Experten aufgeworfen worden seien, wobei die vier in der Tagesordnung der Sitzung aufgeführten Fragen im Mittelpunkt stehen sollten.

Mehrere Mitglieder der Gruppe erklärten, dass die Festlegung einer Rüstungspolitik verfrüht wäre, solange nicht eine voll ausgereifte GASP (und insbesondere ESVP) operationell sei. Einige Mitglieder forderten, eine vereinbarte Rüstungspolitik in den Vertrag aufzunehmen. Mehrere Mitglieder erklärten, dass dies auch von einer Definition der militärischen Bedrohung abhängen. Es wurde eine Reihe von Fragen aufgeworfen über die Möglichkeit, den Waffenmarkt für einen größeren Wettbewerb zu öffnen, und über die Festlegung einer unabhängigen Rüstungspolitik, in der die Kommission eine Aufgabe übernehmen könnte. Eine Reihe von Mitgliedern der Gruppe regte an, dass über die Einrichtung einer Rüstungsbehörde nachzudenken sei, möglicherweise auf der Grundlage der bestehenden gemeinsamen Projekte wie z.B. der OCCAR, jedoch mit einem erweiterten Mandat, das eventuell auch das Beschaffungswesen einschließen könnte. Eine solche Behörde müsste die sehr unterschiedlichen Interessen der Mitgliedstaaten in diesem Bereich gebührend berücksichtigen. Dies könnte eine Behörde nahelegen, die auf freiwilliger Basis funktionieren würde. Alternativ dazu könnte die Zusammenarbeit auf der Grundlage spezifischer Zusammenarbeitsvereinbarungen zwischen den daran Interessierten weiter bestehen.

Die Experten waren sich weitgehend darin einig, dass eine Definition der Bedrohung sowie eine ordnungsgemäß funktionierende GASP Voraussetzungen für eine Rüstungspolitik seien. Es sei allerdings klar, dass es keine Friedensdividende mehr gebe und dass mehr Mittel erforderlich seien. Es wurde anerkannt, dass die Waffenindustrie anders als andere Sektoren zu behandeln sei. Es gebe noch Spielraum für eine weitere Marktöffnung (es wurde allerdings festgestellt, dass die europäische Industrie bereits offener sei als die der USA) sowie für einen gewissen Grad an Wettbewerb; dies sei jedoch gegen die Erfordernisse der gegenseitigen Abhängigkeit und der Versorgungssicherheit abzuwägen. Eine Rüstungsbehörde (mit den erläuterten unterschiedlichen Optionen) sei ein ernsthaft zu prüfender Vorschlag, und es gäbe bestimmt eine potentielle Aufgabe für die Kommission, falls eine Entscheidung in dieser Richtung fallen sollte.

Der Vorsitzende betonte, dass eine Rüstungspolitik erforderlich sei, um die ESVP zu untermauern und in Europa eine angemessene Forschungsgrundlage zu schaffen. Angesichts der sehr unterschiedlichen Interessen der Mitgliedstaaten in diesem Bereich müssten verschiedene Lösungen, die ausreichende Flexibilität böten, in Betracht gezogen werden. Das Konzept einer Rüstungsbehörde auf der Grundlage oder in Anlehnung an die Erfahrungen gemeinsamer Projekte wie z.B. OCCAR sei vorgeschlagen worden und müsste weiter verfolgt werden.
